

Staatsbesuch

Am 17. Mai 2005 kam der malaysische Premierminister Badawi auf Einladung des Bundeskanzlers zu einem ersten offiziellen Besuch nach Deutschland. Er begann seinen Besuch in Frankfurt am Main, wo er unter anderem an dem Malaysisch-Deutschen Business Forum teilnahm. Am 18. Mai traf sich Badawi mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in Berlin. Schröder betonte, Deutschland sei an einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen interessiert. Besonders

im Bereich Wissenschaft und Forschung wollen Deutschland und Malaysia in Zukunft stärker zusammenarbeiten. Einen Schwerpunkt stellt hierbei die Biotechnologie dar. Schröder bezeichnete Malaysia als ein Land, dem es gelungen ist »Islam und Moderne zusammenzubringen« und erklärte, dass Deutschland von den Erfahrungen des interkulturellen Dialogs Malaysias profitieren könnte.

Im Anschluss an das Gespräch nahm Badawi an einer

Vortragsveranstaltung der Bertelsmann-Stiftung mit dem Thema »Islam und Sicherheit im 21. Jahrhundert« teil. Hierbei legte er in einem Vortrag unter der Überschrift »Islam, internationaler Frieden und Sicherheit«, die Auffassung dar, dass es zu einem häufig prophezeiten Kampf der Kulturen und Religionen zwischen dem »Islam« und dem »Westen« nicht kommen müsse.

vgl.: *The Star*: 17.5.2005; *Yahoo Nachrichten* 18.5.2005

nachrichten

»Haltet die Preise stabil!«

Der Premierminister hat alle Geschäftsleute aufgerufen, ihre Preise trotz günstiger Gelegenheit aufgrund der steigenden Rohölpreise nicht zu erhöhen. Die Manufakturen sollen den gestiegenen Benzin- und Dieselpreis absorbieren, der Einzelhandel die Preise stabil halten. Der Wirtschaft Malaysias wäre mit stabilen Einzelhandelspreisen sehr geholfen, so Badawi. Außerdem sollten die Preise schon aus eigenem Interesse nicht erhöht werden, da es immer Konkurrenten geben werde, die nicht mitziehen und am Ende besser dastehen würden. Wird jemand bei Profitmacherei erwischt, drohen ihm harte Strafen.

Damit reagierte Badawi auf die sich mehrenden Klagen der Öffentlichkeit, dass sich die Kosten für sämtliche Produkte, insbesondere für Lebensmittel, seit dem Anstieg der Kraftstoffpreise, enorm erhöht haben. Die Einzelhändler weisen allerdings die Anschuldigungen von sich und erklären, dass sie selber höhere Preise an die Großhändler zahlen und diese Kosten dann auf die Kunden abwälzen müssten, damit sie nicht Pleite gingen. Außerdem werden die höheren Preise für Obst und Gemüse mit dem schlechten Wetter in den vergangenen Wochen erklärt und die gestiegenen Fischpreise damit, dass ein großer Teil der Fischer wegen der Benzinkosten nicht mehr rausfährt und so eine künstliche Verknappung erzeugt wird, die ja bekanntlich auch die Preise steigen lässt.

vgl.: *The Star*: 7.5.-9.5.2005

Mangel an Hausmädchen

Malaysia wirbt jetzt um Haushaltshilfen aus Thailand, Sri Lanka und Kambodscha, da viele Indonesierinnen nicht mehr in Malaysia arbeiten möchten. Diese bevorzugen es, in Singapur, Taiwan oder Hongkong zu arbeiten, da die Löhne dort um einiges höher sind. Tausende von malaysischen Haushalten stehen derzeit ohne Hausmädchen da, denn von den benötigten 60.000 Mädchen sind in den letzten sechs Monaten lediglich 12.000 rekrutiert worden. Außerdem haben jetzt viele indonesische Mädchen, die schon lange in Malaysia gearbeitet haben, gekündigt. Dieses war früher unmöglich, da die Vermittlungsagenturen sehr hohe Provisionen verlangt hatten, die die Mädchen erst mal abarbeiten mussten. Eine neue Gesetzgebung verhindert jedoch solche Verträge.

Ein weiterer Abschreckungsfaktor für indonesische Mädchen ist die Tatsache, dass viele Haushaltshilfen in Malaysia misshandelt und ausgebeutet werden. Um die daraus entstandene Lücke zu schließen, lockert die malaysische Regierung jetzt die Einreisebedingungen für Frauen aus oben genannten Ländern. Insgesamt arbeiten in Malaysia rund 200.000 ausländische Haushaltshilfen, der Großteil davon stammt aus Indonesien.

vgl.: *AFP*: 9.5.2005; *The Star*: 7.5.-10.5.2005

Straße von Malakka

Die malaysische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, bei der Sicherung der Straße von Malakka und der umliegenden Region enger mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten. Dies bedeute aber nicht, so der malaysische Vizepremier Razak, dass die USA mit Streitkräften dort präsent sein werden, denn die Souveränität der Anrainerstaaten solle nicht untergraben werden. Geplant sei, dass die USA Equipment und Expertisen, insbesondere zur besseren Radarüberwachung, zur Verfügung stellen.

Auch eine engere Zusammenarbeit mit Indonesien und Singapur wird antizipiert. Ein wesentliches Problem, welches diese drei Länder besonders beschäftigt, stellen neben der Piraterie die gut bewaffneten privaten Schiffe dar, die in der Straße von Malakka ansässig sind. Es wird befürchtet, dass diese eigenmächtig die Aufgaben der nationalen maritimen militärischen Einrichtungen übernehmen und es zu gefährlichen Zwischenfällen kommt.

vgl.: *AFP*: 9.5.2005; *The Star*: 10.5.2005

Kampf für Gleichberechtigung

Der malaysische Premierminister Badawi gab bekannt, dass alle Gesetze und Vorschriften, die Frauen diskriminieren, genau unter die Lupe genommen werden und gegebenenfalls überarbeitet werden müssen, damit die von der Regierung eingeschlagene Richtung der Gleichberechtigung von Mann und Frau eingehalten werden kann. Dazu rief er alle Ministerien auf, ihre Ressorts auf diese Gegebenheiten hin zu überprüfen. Außerdem sollen Frauen mehr über ihre Rechte informiert werden und politische Akteure mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen von Frauen nehmen. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist ein weiterer Punkt, den die

Regierung in ihr Antidiskriminierungsprogramm aufgenommen hat. Zur Stärkung der Rechte der Frauen versprach Badawi die Schaffung eines Instituts für Entwicklung und Gleichberechtigung der Frau zu bewerkstelligen.

Vorangegangen waren dieser Bekanntmachung zahlreiche Diskussionen von Aktivistinnen, die mehr Rechte und Gleichberechtigung für Frauen einforderten. Vor allem Gleichberechtigung im Arbeitsleben ist eines der Hauptanliegen dieser Frauen. Die Ausbildungsquote soll verbessert und der Zugang zu Jobs bei gleicher Qualifizierung per Gesetz erleichtert werden.

vgl.: *The Star*: 9.5., 10.5.2005

nachrichten

Kürzere Gefängnisstrafen

Die malaysische Regierung plant zum Zwecke der Kosteneinsparung und zur Abschaffung der Überbelegung der Gefängnisse Straftäter, die weniger schwere Delikte begangen haben, anstelle von Haftstrafen auspeitschen oder soziale Dienste verrichten zu lassen. Eine andere Möglichkeit wäre auch die Aussetzung von Gefängnisstrafen bei Zahlung einer Geldstrafe. Der Minister der inneren Sicherheit gab bekannt, dass mehr als 409 Millionen Ringgit jährlich für die Gefängnisse ausgegeben werden; das bedeutet, dass bei insgesamt 32.464 Insassen im Land, auf jeden 35 Ringgit am Tag kommen. Die Kosten setzen sich aus Nahrung, Rehabilitation, Ausbildung, Kleidung, Wachen, Ausrüstung und diversem Anderen zusammen.

Um diese Kosten nun einzusparen, ist geplant, auf die oben genannten Maßnahmen zurückzugreifen. In einigen Orten wurde dies schon in die Tat umgesetzt. Delinquenten werden zum Beispiel dazu verurteilt, bestimmte Kleidung zu tragen, die sie unmissverständlich als Straftäter deklariert, und in dieser dann ihre Sozialstunden zu verrichten. Allerdings sollen zunächst Studien durchgeführt werden, die klären sollen, ob dieses Modell erfolgreich sein wird und ob es nicht zum Missbrauch der Maßnahme verleitet.

vgl.: AFP: 12.5.2005; The Star: 13.5., 14.5.2005

Filmpreise

Zwei malaysische Kurzfilme haben bei den 51. Kurzfilmtagen in Oberhausen, die vom 5. bis 10. Mai 2005 stattfanden, bestens abgeschnitten. Es war das erste Mal überhaupt, dass malaysische Filme bei den Festspielen teilgenommen haben. A Tree in Tanjung Malim von Tan Chui Mui gewann den mit 3.500 Euro dotierten Hauptpreis in der Kategorie »Bester internationaler Film«. Der Film sei eine einfache Geschichte, die mit viel Gefühl für das Formen von Zeit erzählt werde und so eine universale Kondition vorstelle, so die Jury. Tan, die sich nun in ihrem Tun

bestärkt fühlt, möchte mit ihrem Preisgeld andere malaysische Newcomer in der Kurzfilmbranche unterstützen und mit dem restlichen Geld ihr nächstes Projekt finanzieren.

In der Kategorie »Bester Kinder- und Jugendfilm« wurde der surreale Animationsfilm Grey Avenue von Eugene Foo mit einer lobenden Erwähnung ausgezeichnet. Die Jury war besonders von der guten Musik und davon begeistert, dass der Regisseur alles in Eigenarbeit geleistet hatte.

vgl.: The Star 12.5.2005

Gläserner Student

Für Studenten wird es bald nicht mehr so einfach sein, ihren Eltern oder der Universitätsleitung etwas über ihre Studienerfolge vorzumachen, denn die malaysische Regierung plant, ein Profil von jedem der landesweit fünf Millionen Studenten zu erstellen und via Internet öffentlich zugänglich zu machen. Es solle aber nicht nur ein Leistungsprofil erstellt, sondern auch persönliche Stärken und Schwächen aufgeführt werden. Dieses werde dann abgeglichen mit dem sozio-ökonomischen Profil der Familie. So könne eine bessere Analyse bei Leistungsdefiziten erstellt werden. Außerdem könnte so eine bessere Evaluierung stattfinden und Eltern könnten gezielter auf die Defizite ihrer Sprösslinge eingehen.

Eingeführt werden sollte dieses System eigentlich schon letztes Jahr, aber es scheiterte an den mangelnden Möglichkeiten der Fakultäten, es umzusetzen. Nun drängt das Ministerium für Erziehung auf die baldige Umsetzung. Auch die Lehrgewerkschaft begrüßt diese Maßnahme und hofft, dass das System so transparent und einfach gestaltet sein wird, dass Eltern auch verstehen, was so ein Report über ihr Kind aussagt.

vgl.: The Star 15.5.2005

Ausweisung schwächt Wirtschaft

Seitdem über 400.000 illegale Immigranten bis Ende März 2005 aus Malaysia ausgewiesen worden sind, verzeichnet die Wirtschaft Umsatzeinbußen in Höhe von mehreren Hundert Millionen US-Dollar. Es wird befürchtet, dass das Wirtschaftswachstum auf fünf bis sechs Prozent sinkt, nachdem im letzten Jahr ein Wachstum von 7,1 Prozent zu verzeichnen war. Insbesondere im Agrarsektor, in der Konstruktion, in Manufakturen und im Service-Bereich ist eine große Lücke aufgrund der Ausweisung der vornehmlich aus Indonesien

stammenden Niedrig-Lohn-Arbeiter entstanden.

Die Regierung hat nun einen Plan ausgearbeitet, der vorsieht, die Ausgewiesenen legal zurückkommen zu lassen. Aufgrund bürokratischer Probleme in Indonesien sollen nun auch Arbeiter aus anderen Ländern, vor allem aus Pakistan, rekrutiert werden. Die ersten 1.000 Pakistani sind schon eingetroffen. 100.000 weitere sollen noch folgen.

vgl.: AFP 11.5.2005; AP 11.5.2005

Einreiseverbot

Der Staat Israel hat dem früheren malaysischen Premierminister Dr. Mohamad Mahathir bei seiner Reise zur Westbank die Einreise nach Jerusalem verweigert, da er sich in der Vergangenheit schon öfter in antisemitischer Weise geäußert hatte. So hatte er kurz vor seiner Pensionierung bei einer islamischen Konferenz im Jahr 2003 behauptet, die Juden würden andere für sich kämpfen und sterben lassen und sie seien arrogant geworden. Jetzt hofft er, dass er bei seiner nächsten Reise nach Jerusalem, der »Hauptstadt Palästinas«, reisen kann.

vgl.: The Australian: 16.5.2005; AFP: 16.5.2005

Druck auf Australien

Australien wird nur zum ersten Ostasien-Gipfel, der in Malaysia noch dieses Jahr stattfinden wird, eingeladen, wenn es einen Nicht-Aggressions-Pakt mit den ASEAN-Staaten eingeht, das heißt auf jegliche Gewaltausübung untereinander wird verzichtet. Der Gipfel ist ein wichtiger Schritt bei dem geplanten regionalen Zusammenschluss von Japan, China, Südkorea und den ASEAN-Staaten. Die Aufforderung zum Abschluss eines Paktes kam aufgrund

von Äußerungen des australischen Premierministers Ron Howard zustande, in denen er das Recht Australiens herausnimmt, bei Terrorverdacht auch Präventivschläge auf Terrorbasen in benachbarten Staaten auszuführen. Bei einer Aussetzung dieses Rechts würden die australisch-amerikanischen Beziehungen massiv gestört werden, so Howard. Deren Übereinkommen stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges.

vgl.: AFP: 30.4.2005